

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Die deutsche Politik König Friedrich Wilhelms IV. im Winter 1848/49

Rachfahl, Felix

München [u.a.], 1919

V

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-5219

werden, nicht auf Grund einer beanspruchten nationalen Souveränität. Diesen Standpunkt brachte er auch in der Abschiedsaudienz zum Ausdruck, die er Bunsen am 23. Januar gewährte. Dieser schildert sie folgendermaßen¹.

„Wir sprachen unbefangen über die Frankfurter Verhältnisse: ‚Halten Sie fest,‘ sagte der König, ‚wie überzeugt ich bin, daß die deutsche Sache verloren ist, wenn Frankfurt untergeht, und die Angelegenheit in die Hände der Fürsten fällt.‘ Daraus wollte er aber keineswegs den Schluß ziehen, den jeder Andere daraus gezogen hätte: er sah vielmehr sein diktatorisches Einschreiten mit den Fürsten, aber an deren Spitze, als die einzige Rettung an, und rechnete dann noch auf eine Verständigung mit Frankfurt. Er wollte die deutsche Frage lösen als Obrigkeit, damit die Revolution nicht zur Herrschaft gelange.

„Er sagte dies nicht mit so vielen Worten, aber seine weitere Handlungsweise hat gezeigt, daß dies seine Ansicht war und blieb. Ein Wort, das er während meines damaligen Aufenthalts oft wiederholte, zielt auch dahin: ‚Es kann kein Segen daraus kommen, wenn die Idee der Obrigkeit nicht wieder vorher hergestellt wird.‘“

V.

Ein Kompromiß war die Zulassung des Camphausenschen Entwurfes, und zwar ein unnatürliches und undurchführbares. Was Schwarzenberg von Preußen haben wollte, das war ein gemeinsames Vorgehen gegen die Paulskirche; dieses Begehren ward nicht nur abgeschlagen, sondern auch eine Aktion Preußens zusammen mit der Paulskirche eingeleitet, — das bedeutete in der That, allen Beteuerungen, daß man weiter mit Osterreich zusammenbleiben wolle, zum Troste, ein Abrücken von Osterreich; in Olmütz mußte man es jedenfalls als eine Art von Hohn empfinden, daß das österreichische Ansinnen von Preußen mit einem Gegenvorschlage dieser Art beantwortet wurde². Bülow wenigstens aber hielt sich nicht einmal an das Kompromiß; er betrachtete es von vornherein unter dem Gesichtspunkte einer Überleitung zu einseitigem Zusammengehen mit der Paulskirche und tat alles, was die Trennung von Osterreich mit unfehlbarer Sicherheit herbeiführen mußte. Erkehrte sich nicht an den Befehl, dessen Ausführung auch Brandenburg als selbstverständlich voraussetzte³, die Zirkularnote erst

¹ Nippold II 491.

² Mit Recht charakterisierte Gerlach (281) die Zirkularnote dahin: „Sie ist nicht allein ohne Osterreich, sondern zwischen den Zeilen gegen Osterreich.“

³ Vgl. Gerlach 280 über ein Gespräch mit Brandenburg vom 23. Januar:

nach Olmütz zu senden, damit sie dann, nachdem sie daselbst gebilligt wäre, von beiden Regierungen gemeinsam erlassen würde, und daß sie keinesfalls nach Frankfurt abgehen sollte, ehe Antwort aus Olmütz angelangt wäre; er sah voraus, wie diese lauten würde. Sofort, nachdem die Note genehmigt war¹, machten Brandenburg und Bülow dem österreichischen Gesandten, dem Grafen Trautmannsdorff, die Eröffnung, daß die Vorschläge seines Kabinetts abgelehnt seien; Bülow unterwarf sie dabei noch einer schneidenden Kritik: „Es sei nicht daran zu denken, daß das Berliner Cabinet zur Beseitigung der Nationalversammlung die Hand böte, da sie von Preußen seinerzeit als gesetzgebender Körper der deutschen Nation anerkannt worden sei. Die Auflösung würde in Preußen große, selbst gefährliche Aufregung hervorrufen, von der man freilich in Oesterreich nichts zu besorgen habe. Um zum Kampfe gegen die Nationalversammlung stark genug zu sein, müßte die Regierung die Landwehr einberufen, wozu er nicht rathen könne.“ An den Grafen Bernstorff schickte Bülow noch am 21. längere Weisungen in eben diesem Sinne, indem er besonders betonte, daß Preußen keinesfalls ohne Weiteres zum alten Staatenbunde zurückkehren könnte². Zwei Tage später schrieb er darüber an Camphausen³: „Ich habe Bernstorff autorisirt, jene Vorschläge entschieden abzulehnen und sich auf keine weiteren Verhandlungen auf dieser Basis einzulassen.“ Er war sich sehr wohl dessen bewußt, daß er damit über das mit dem Könige geschlossene Komproiß hinausgehe: „Dies thue ich mehr oder weniger invito rege, werde aber daran festhalten, auch mich weiteren geheimen (?) Sendungen entschieden opponiren, — soweit sie zu meiner Kenntniß kommen . . . An den in dem Circular ausgesprochenen Grundsätzen werde ich unverbrüchlich festhalten.“ Und er sandte den Circularerlaß nicht nur sofort nach Frankfurt, was wider des Königs Befehl war; sondern gab Camphausen noch einen bedeutsamen Wink: „Ich halte es für gut, daß unsere Circulardepesche so bald als möglich in die Öffentlichkeit lanciert werde.“ Am Morgen des 26. traf diese bei Camphausen ein; er gab sie sofort an Gagern weiter; dieser erklärte sich damit „ganz zufrieden“ und berief für den 29. die in Frankfurt weilenden Bundesbevoll-

„Über die deutsche Sache war er mit mir ganz einig und sehr zufrieden, daß der König sich zu der mit Oesterreich in Gemeinschaft zu erlassenden Circular-Note einverstanden erklärt habe.“

¹ Friedjung 181 nach einem Berichte Trautmannsdorffs vom 22. Januar.

² Brandenburg Nr. 46 und 47 S. 323 ff.

³ Vom 23. ebd. Nr. 48 S. 328 ff.

mächtigten zu sich, „um den in der Note empfohlenen Gang mit Bitte um Beschleunigung zu unterstützen“. Schon am 27. konnte Camphausen von der Note Bülow mitteilen: „Sie wird bald in die Zeitungen hinüberlaufen und macht, soviel ich bis jetzt wahrnehme, einen eklatanten Eindruck.“

Damit war die Bombe geplatzt. Schon die Mitteilungen Trautmannsdorffs und Bernstorffs hatten Schwarzenberg darüber belehrt, daß seine Vorschläge in Berlin kein Gehör fanden, mochte ihn Bülow auch noch so hoch und teuer versichern, daß Preußen keineswegs die Absicht habe, „sich in dieser Lebensfrage für Deutschland von Oesterreich zu isolieren“. Er ließ sich darüber am 24. gegen Trautmannsdorff aus¹: „Sein Ministerium, mehr oder minder der Ausdruck einer mächtigen Partei in Preußen, geht unbeirrt durch den Willen des Königs den eigenen Weg und verweist die Worte des Königs in das Gebiet der frommen Wünsche. Die Curer Excellenz von den Grafen Bülow und Brandenburg gemachten Eröffnungen sind der vollkommenste Widerspruch gegen die Erklärungen des Königs. Die Sendungen des Grafen Brühl nach Olmütz haben sonach die Verständigung über die Verfassungsfrage nicht gefördert. Höchstens haben sie, wenn wir dessen noch bedurft hätten, auf die Ohnmacht des Königs und auf die Richtung der statt seiner regierenden Minister ein bedauerliches, aber helles Licht geworfen.“ Das Wort von der „Ohnmacht“ des Königs hätte wohl Bülow schwerlich unterschrieben; im Übrigen übersah Schwarzenberg vollkommen den grundlegenden Unterschied, der zwischen seinen Vorschlägen und den Wünschen des Königs, sowohl was die Wege als auch die Ziele von dessen deutscher Politik betraf, obwaltete; er hielt auch den König persönlich doch für konniverter, als er es — damals wenigstens noch — wirklich war, und er täuschte sich, wenn er glaubte, daß der König von sich aus bereitwillig in das Garn gegangen und nur durch den Warnungsruf seiner Minister davor behütet worden wäre. Und wie als schlechter Beurteiler der Gegenwart, so auch zeigte sich Schwarzenberg als schlechter Seher in die Zukunft, wenn er hinzufügte:

„Ich erwähne nicht ohne Absicht in der gegenwärtigen geheimen Depesche der Stellung des Königs und seiner nicht so sehr aus dem Willen als aus der Schwäche Sr. Majestät hervorgehenden Unzuverlässigkeit. Eine andere Folge dieses Verhältnisses liegt zu nahe, als daß ich nicht schon heute Curer Excellenz Aufmerksamkeit hierauf

¹ Friedjung 181f

lenken mußte. Der König versicherte uns zu wiederholten Malen auf das Feierlichste, daß es nicht seine Absicht sei, nach dem ersten Platz in Deutschland zu streben, wohl wissend, daß dieser immer Österreich gehören werde. Aber wer bürgt dafür, daß nicht auch in diesem Punkte andere Einflüsse, der Drang der Ereignisse, irgend ein kühner Griff von irgend einer Seite den Ausschlag gibt und Se. Majestät, zwar widerstrebend aber nicht widerstehend, sich die neue deutsche Kaiserkrone auf das Haupt drücken läßt. . . Seine Majestät sind als Kaiser von Österreich der erste deutsche Fürst. Es ist dies ein Recht, geheiligt durch die Tradition und den Lauf der Jahrhunderte, durch die politische Macht Österreichs, durch den Wortlaut der Verträge, auf welchen das noch nicht gelöste Bundesverhältnis gegründet ist. Seine Majestät sind nicht gesonnen, auf dieses Recht zu verzichten."

Wie sehr täuschte sich doch Fürst Schwarzenberg über die Festigkeit und Konsequenz der Strebungen und Entschließungen Friedrich Wilhelms IV. und über seine innere Widerstandskraft gegen äußere Einflüsse, wenn es sich um den letzten Kern seiner Politik handelte! Weniger als je zuvor dachte der König eben damals daran, dem Kaiser von Österreich die Stellung als „der erste deutsche Fürst“ in dem Sinne zu bestreiten, wie Schwarzenberg das besorgte; gerade damals spann er mit seinem getreuen Gerlach von neuem Pläne, von denen wir bald hören werden, die für Preußen in Deutschland auf etwas ganz anderes gerichtet waren. Und einige Wochen später sollte die Ablehnung der Frankfurter Krone Schwarzenberg Lügen strafen. Im Übrigen zwang diesen die tatsächliche Lage des Kaiserstaates, gute Miene zum bösen Spiele zu machen und den Affront hinzunehmen, den für Österreich die Zirkulardepeſche und ihre Veröffentlichung bedeuteten. „Das Mißvergnügen ist natürlich groß," so berichtete Bernstorff¹, „ich habe aber keinen Vorwurf auf uns setzen lassen und so offen mit Schwarzenberg über unsere gegenseitige Stellung gesprochen, wie es nur irgend möglich ist." Wie behutsam der Fürst auftreten zu müssen meinte, das beweist der Umstand, daß er sich jetzt sogar in der Frage Staatenbund-Bundesstaat einen Augenblick so stellte, als ob er mit sich reden lassen wolle: „Auch hat mir derselbe," wie Bernstorff meldete, „auf meine im Laufe der Diskussion gemachte Bemerkung, daß Österreich offenbar eine engere Verbindung als den bisherigen Staatenbund überhaupt nicht wünsche, gesagt, daß er einer solchen engeren Verbindung durch-

¹ Vgl. die beiden Berichte Bernstorffs vom 30. Januar bei Brandenburg Nr. 50 und 51 S. 331 ff.

aus nicht entgegen sei; als ich aber erwiderte, daß ich dieses zum erstenmal von ihm ausgesprochene Zugeständnis akzeptiere, fügte er hinzu, daß man anfangs für Österreich einige Ausnahmen zugeben könne, daß es jedoch mit der Zeit nachfolgen werde, und gab somit wieder die Abneigung gegen ein ohne Österreich zu schließendes engeres Bündnis zu erkennen.“ Immerhin soviel blieb bestehen: fürs Erste ward die Errichtung eines engeren Bundesstaates als annehmbar erklärt worden; ob Österreich, falls ein solcher überhaupt erst bestand, später noch in ihn einzutreten in der Lage war, das war eine Frage, deren Lösung abgewartet werden konnte. Ob Bernstorff den österreichischen Ministerpräsidenten so energisch bedient hat, wie er den Verlauf ihrer Unterredung selbst darstellt, kann zweifelhaft erscheinen. Wenigstens erzählt Gerlach darüber nach Mitteilungen, die auf Caniz und mittelbar den König zurückgehen¹: „Als Bernstorff dem Fürsten Schwarzenberg die Circular-Note mitgeteilt, ist dieser sehr empfindlich gewesen, und Bernstorff hat ihn, wie es mir scheint, sehr ungeschickt gefragt, ob er es auf einen Bruch abgesehen hätte. Schwarzenberg hat geantwortet: ‚Auf einen Bruch nicht; um das aber auszudrücken, was ich finde, muß ich französisch sprechen: on nous a joué.‘ Caniz hat ruhig zu S. M. gesagt: ‚Das hätte Schwarzenberg mir nicht geboten, und Bernstorff hätte es sich nicht sollen gefallen lassen.“

Schon die Andeutung eines möglichen Bruches mit Wien genügte, um den König in helle Bestürzung zu versetzen und seinen Ärger über Bülow's eigenmächtige Maßnahmen aufs stärkste zu entfachen. Soeben hatte er noch mit Gerlach die Ziele der deutschen Politik Preußens gründlich erörtert, — meinte er doch jetzt vor ihrer Erfüllung zu stehen. Am Abend des 22. Januars sprachen Beide über die deutsche Sache. Man ging aus von dem von dritter Seite aus brieflich geäußerten „gesunden Gedanken, daß Österreich durch Aufgeben von Belgien auch die Verteidigung der Westgrenze Deutschlands aufgegeben habe, daß diese daher Preußen zufallen müsse“. Im Zusammenhang damit setzte nun Gerlach dem Könige seine Ansichten über die deutsche Frage auseinander; er sagte ihm rundheraus, „der Gedanke mit der Römischen Kaiserwürde passe für unsere Zeit nicht. Dieses Nebelbild von Macht, wie er [der König] es selbst genannt, hatte“, so berichtet Gerlach über seine eigenen Äußerungen bei dieser Gelegenheit, „im Mittelalter eine Realität in der Advocatur der Kirche und in der Nachfolge der Römischen Imperatoren gehabt; beides sei jetzt

¹ Gerlach 291.

zu Ende. Alle preußischen Offiziere, den Prinzen von Preußen inclusive, sähen in einer deutschen oder auch römischen Kaiserwürde Österreichs die Unterordnung Preußens unter Österreich, und das würde man stets als eine Schmach halten." Er war der Meinung, man solle ruhig Österreich weiterhin beim Präsidium belassen, — habe es doch dieses 33 Jahre lang gehabt, ohne daß es Jemandem eingefallen wäre, daß dadurch Preußens Ehre irgendwie beeinträchtigt würde. War er also gegen Friedrich Wilhelms Lieblingsidee vom römisch-deutschen Kaisertum Habsburgs, so wollte er das Gegenstück dazu in der Ideenwelt seines Herrn, das preußische Erzfeldherrnamt, mindestens auf eine etwas festere Basis gestellt wissen: „der Bund müsse verstärkt und militärisch besser organisiert werden. Preußen mit der Großherzoglich Niederrheinischen Grenzwacht, wenn man will Markgraf [insoweit näherte er sich der romantischen Terminologie des Königs], erhält ein erbliches Obercommando der Truppen am Oberrhein, also [sic!] Hannover und Anhang, Nassau und die beiden Hessen, Baden, Württemberg, halb Bayern etwa, wodurch die erstrebte Reichs-Erz-Erb-Feldherrnwürde dem Wesen nach realisiert würde. Hiermit würde eine bessere Stellung Preußens im nördlichen Deutschland durch Anschluß an Anhalt, Mecklenburg, die Hansastädte verbunden." Auch für ein deutsches Parlament war Gerlach, im Sinne einer Delegiertenversammlung der Einzellandtage; seine Kompetenz sollte sich „auf Fach-Commissionen, Militär, Handel, Justiz beschränken". Der König fand Gerlachs Vorschlag „sehr complicirt und seine Idee," d. h. offenbar römisch-deutsches Kaisertum der Habsburger, preußisches Erzfeldherrnamt über den Wehrherzogtümern, „viel einfacher". Für Gerlach, der ja eben damals mit Mecklenburg über eine Militärkonvention verhandelte, war die Erstreckung der preußischen Militärhegemonie in Deutschland das Wichtigste, und daß Österreich eben darin Schwierigkeiten machte, empfand er bitter. In einem Gespräche mit Brandenburg am folgenden Tage (23. Januar) trug er diesem vor: „Österreich müsse nun vorkommen," d. h. seine Absichten enthüllen; „wie es Deutschland Preußen zu überlassen nicht beabsichtige, ginge daraus hervor, daß es Hessen (nach den Schwarzenbergischen Plänen) nicht unter preußisches Militärcommando stellen wolle, worauf ich auch schon den König aufmerksam gemacht hatte. Preußen solle zwar mit Österreich gemeinschaftlich gehen, es müsse sich aber seine militärische Stellung in Deutschland menagiren, d. h. Hessen, Mecklenburg, Anhalt, die Seehäfen unter sein Commando bekommen." Sehr richtig beurteilte Gerlach die Lage, wenn er hinzufügte: „Der König denke über den Berg zu

sein, während das, was geschehen, der Anfang des Anfanges und das Leichtere wäre. Österreich sei übermütig und stände doch eigentlich schlechter als Preußen: Die Aufgabe, mit Ungarn, mit Italien, ja selbst mit den deutschen Ländern zu einer Versöhnung zu kommen, sei fast unmöglich.“ In mannigfacher Hinsicht war Brandenburg anderer Ansicht als Gerlach; so fand er diesem gegenüber damals die Anstellung von Canitz als Generaladjutant des Königs „in Wahrheit nicht passend,“ — man erinnert sich, daß Canitz damals im Widerspruch mit seiner Vergangenheit dem unverbrüchlichen Zusammengehen mit Österreich beim Könige am eifrigsten das Wort redete. Aber im Punkte der militärischen Hegemonie stimmte er ganz mit Gerlach überein. Im Hinblick auf die bezüglichen Verhandlungen mit Mecklenburg schrieb er in jenen Tagen an den Herrscher¹: „Wenn die deutschen Regimenter in den Ländern, die sich zu uns halten wollen, auf preußischem Fuß werden organisiert sein, und wenn Eure Königliche Majestät durch den Telegraphen diese Regimenter werden marschieren lassen können, wie die preußischen, dann läßt sich weiter sprechen. Alles andere ist Komödie.“ An dem romantischen Beiwerk der Hegemoniepläne, die mit dem angestrebten Erzfeldherrnamte Preußens zusammenhingen, übte er damit eine herbe, ja sogar vernichtende Kritik.

In das Charlottenburger Idyll solcher zunächst noch recht überflüssiger Besprechungen hinein platzte die üble Kunde von der schlechten Aufnahme der Zirkularnote in Österreich; schon sah der König die Felle seiner deutschen Politik fortschwimmen². Es kam zwischen dem Könige und Brandenburg zu einem heftigen Austritt; der Hauptzorn des Monarchen aber richtete sich gegen Bülow, den er (und nicht ohne Grund) beschuldigte, den Bruch mit Österreich gewollt zu haben; er schalt auf den „Ungehorsam“ seines Ministeriums; dieses aber erklärte sich solidarisch einig; Brandenburg nahm alles, was der König gegen Bülow sagte, auf sich; er vertrat den Standpunkt: „Österreich sei übermütig, wolle nichts tun und den König bewegen, mit einer Armee die vier Staatengruppen durchzusetzen. Die Zirkularnote sei ihm [Österreich] mitgeteilt worden vor ihrem Bekanntwerden in Frankfurt; mehr sei nicht möglich gewesen, wenn man überhaupt etwas hätte tun wollen.“ An der geschlossenen Einheitlichkeit des Kabinetts prallten zunächst alle Bemühungen des Herrschers ab, den Kurs der deutschen Politik Preußens wieder zu ändern. Montag, den 5. Februar, berief

¹ Am 24. Januar, mitgeteilt bei Meinede, Radowitz 213f.; Gerlach 279 f.

² Das Folgende im Wesentlichen nach Gerlach 280 ff.

er es, „um vor demselben seine Politik zu entwickeln und zu rechtfertigen,“ zu einer Sitzung, die nicht weniger als fünf Stunden dauerte. Der König hielt eine große Rede, die mit persönlichen Ausfällen gegen Bülow gespickt war; sie war, wie dieser an Camphausen berichtete¹, „ein langes Plaidoyer gegen mich, oder vielmehr eine mise en accusation; die ganze Politik Preußens sei ruiniert durch die Zirkularnote, Bruch mit Österreich unvermeidlich und damit Deutschlands Untergang. Es müsse sogleich umgekehrt, eine außerordentliche Gesandtschaft nach Wien gemacht werden, um den Bruch zu heilen. Ferner, sofortige Einsetzung des Königskollegii, Zusammenziehen von Truppen und alles, was Ihnen bekannt ist.“ Soweit wollte Friedrich Wilhelm also im ersten Augenblicke in seiner Bestürzung über die Folgen des Zirkularerlasses vor Österreich zurückweichen, daß er den odösesten der Vorschläge Schwarzenbergs, die Anwendung von Gewalt gegen die Frankfurter, anzunehmen bereit war. „Nun drängt der König auf die Zusammenziehung eines Korps bei Frankfurt unter dem König von Württemberg, womit Österreich auch nicht nur einverstanden ist, sondern es entschieden wünscht. Er denkt dabei an ein Auseinandertreiben der Paulskirche usw.“ — so erzählt Gerlach, der aber seinem Herrn soweit nicht folgte: „daß die Stellung dieses Corps eine höchst gefährliche Maßregel ist, ist klar; 20 000 Mann zur Disposition des Königs von Württemberg, und dann sind diese auch nicht vorhanden, wie der Kriegsminister in einem eigenen Bericht bewiesen hat; er glaubt nur über sieben Bataillone disponiren zu können. Das Zusammenziehen von Landwehren, was der König will, ist aber nicht zu rathen.“

Zu diesem Äußersten kam es denn doch nicht. Zwar in der Sitzung vom 5. erwies sich der König allem gütlichen Zureden unzugänglich. Bülow verteidigte sein „Terrain Fuß für Fuß“; er erklärte, mit dem, was er getan habe, zu stehen und zu fallen; es muß ihm aber nicht leicht gewesen sein, sich Gehör zu verschaffen². Das Ministerium wurde mit dem Begehr entlassen, unter sich die Sache zu beraten und Beschluß zu fassen, also gewissermaßen zwischen dem Monarchen und Bülow zu entscheiden; Friedrich Wilhelm äußerte nachher zu Rauch, „er hätte auf das Ministerium einen großen Eindruck gemacht; ob einen guten oder schlechten, wisse er aber noch nicht“. Es war freilich, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, „ein schlechter“. Dienstag,

¹ Brandenburg Nr. 56 S. 342f. (d. 8. Febr. 1849), vgl. Gerlach 287 ff.

² Ebd. 287: „Brandenburg sagt, er hätte sie nicht zu Worte kommen lassen und Bülow furchtbar heruntergemacht.“

den 6. fand eine neue Ministeritzung statt, dieses Mal ohne den König, und es wurde nunmehr einstimmig beschlossen:

„1. daß bei dem in der Zirkulardepesche eingeschlagenen Wege beharrt werden müsse.

„2. daß ein Schritt gegen Oesterreich, welcher irgendwie als eine Entschuldigung anzusehen wäre, nicht tunlich und zu einer außerordentlichen Sendung keine Veranlassung sei; daß man indes bei der ferneren Behandlung der Verfassungsfrage Oesterreich seinen guten Willen zu zeigen Gelegenheit haben werde.

„3. Daß der Plan des Königskollegii, als für die preußische Politik bedenklich, unsererseits nicht wieder aufzunehmen und

4. daß eine Truppenzusammenziehung nicht ratsam sei.“

Das Ministerium hatte sich somit gegen den König und für Bülow entschieden; Gerlach schildert den Ärger, den jener darüber empfand, mit den Worten: „Nun kommt ein Bericht des Staatsministeriums über die deutsche Politik, der in fast allen Differenzpunkten dem Könige widerspricht; der König ist empört, daß er sich auf die Minister nicht verlassen könnte.“ Fest und einhellig standen hinter Bülow jetzt noch seine Kollegen; Brandenburg klagte gegen Gerlach über den König: „Den Tag vor der Schlacht wolle er seine Armee entlassen, selbst wenn nur Bülow entlassen würde, kämen wir in eine ganz falsche Stellung gegen Oesterreich und gegen die Fürsten, welche sich auf die Zirkularnote eingelassen hätten.“ Schließlich scheute sich der König doch, gegen den einmütigen Rat und Willen seiner verantwortlichen Ratgeber anzugehen. Am 8. Februar konnte Bülow an Camphausen schreiben, der König habe „sich nun zwar beruhigt“; doch fügte er hinzu: „Ich habe mich indes genöthigt gesehen, noch einige andere, meine Stellung und Selbständigkeit in Leitung des Departements¹ (die mir von Sr. Maj. angefochten wurde[n]) zur Sprache zu bringen und davon mein ferneres Verbleiben in gegenwärtiger Stellung abhängig zu machen. Hierüber ist noch *lis pendens*.“ Mit der deutschen Politik hatte dieser also „noch schwebende Streit“ nichts zu tun: es handelt sich darum, den Papst zu Ermahnungen an den Erzbischof von Gnesen zu veranlassen; der Herrscher wollte das durch Neumont, der ja Katholik war, erwirken, während Bülow das „als der Würde eines Gesandten derogierend mißbilligte und daher den Gesandten Usedom damit beauftragt wissen wollte. Nun war Bülows Stellung durch die Vorgänge bei der Zirkularnote ohnehin erschüttert;

¹ Wohl etwa zu ergänzen „betreffende Angelegenheiten“.

es war freilich die Frage, wer ihn zu ersetzen geeignet sein könnte; Gerlach dachte schon Ende Januar an den früheren Gesandten in Wien, den Grafen Arnim, oder Canitz, von denen ja eher eine Politik zu erwarten war, die Rücksicht auf Österreich nahm. Auch von Gerlach selbst war schließlich die Rede; er fand jedoch selbst, daß es ihm an „Fachkenntnis und Form“ gebreche; daher lehnte er scharf ab. Indem er auch diejenigen Kandidaten, die sonst noch etwa in Betracht kamen, nicht für annehmbar bezeichnete, insbesondere Arnim als „bequem und egoistisch“ charakterisierte, beschloß er nach einer Aussprache mit Brandenburg vielmehr zwischen dem Könige und den Ministern zu vermitteln. In diesem Sinne schrieb er an den General Rauch, seinen Einfluß beim Herrscher für Bülow geltend zu machen. Er stellte sich auf Brandenburgs Standpunkt: Durch Bülows Entlassung würde man sich etwas gegen Österreich vergeben und die Fürsten, die sich der Zirkularnote angeschlossen hätten, mißtrauisch machen; auch müsse man (ein Argument, das auch die Minister geltend machten) in Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung der Kammern Änderungen im Kabinett jetzt vermeiden. Im Übrigen stellte er jetzt Bülow ein glänzendes Wohlverhaltenszeugnis aus: Der „wichtigste Grund“, ihn zu halten, sei folgender: „Er ist, wie die Dinge einmal stehen, der geeignetste zu diesem Posten. Er ist ein rechtlicher, unterrichteter und einsichtsvoller Mann, der sich gut mit den Ministern gestellt hat; ob das bei den anderen Möglichkeiten der Fall ist, steht dahin.“

Wenn der König nachgab, dann nur deshalb, weil er vorderhand nicht anders konnte, weil er alle Minister gegen sich hatte. Er zog sich jetzt zurück auf eine innere Negation, eine passive Resistenz; seine Gesinnung, sein Groll gegen Bülow und dessen Politik, die er nur gezwungen mitmachte, blieben unverändert, und es war vorauszusehen, daß er sich des unbequemen Leiters der auswärtigen Politik sofort entledigen würde, wenn es ihm gelänge, Bresche in die augenblickliche Einigkeit des Kabinetts zu legen. Am Morgen des Sonntags, des 11. Februar, kehrte Bunsen aus Frankfurt nach Berlin zurück; er erstattete dem Könige einen schriftlichen Bericht, der die Fortsetzung der Politik der Note vom 23., daß sich also Preußen ohne Österreich an die Spitze der Bundesbewegung stelle, und Erhaltung der Paulskirche empfahl. Umgehend, noch an demselben Tage, empfing er eine Antwort, die ihm alle Illusionen darüber raubte, daß der König im Innersten noch auf dem Boden der Zirkularnote stand: „Er werde“, so schrieb der Herrscher, „nichts von dem Allem thun; der Weg, den man eingeschlagen, sei ein Unrecht gegen Österreich; er wolle mit dem

Fortfahren einer so abscheulichen Politik nichts zu thun haben, sondern überlasse sie den Ministern¹." So auch handelte er zunächst in der That. Am 4. Februar hatte Oesterreich seinerseits eine Note erlassen, worin es gegen den Bundesstaat Einspruch erhob, aber sich keineswegs von Deutschland trennen, sondern an dem Werke einer näheren Einigung mitarbeiten zu wollen versprach, wofern es sich dabei nicht um eine gänzliche Umschmelzung handele². Von Bedeutung war es, daß Oesterreich zum Verfassungswerke der Paulskirche erst nach dessen Abschlusse Stellung nehmen zu wollen erklärte, während ja Preußen die Meinungsäußerungen der Bundesregierungen bereits zwischen der ersten und zweiten Lesung eingereicht wissen wollte, damit sie noch für diese berücksichtigt werden könnten, — schon daraus ging hervor, wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, daß Oesterreich eine wirkliche Verständigung mit Frankfurt gar nicht anstrebte. Beharrte Preußen dagegen auf dem Wege, der durch die Aktion vom 23. Januar betreten war, und kam in der zweiten Lesung eine Reichsverfassung zustande, die den Wünschen und Vorschlägen entsprach, welche von Preußen und den diesem Beispiele folgenden Bundesregierungen inzwischen geäußert worden waren, so konnte Preußen nicht umhin, das Ergebnis der

¹ Rippold S. 476. Gerlach 293.

² Wie vorsichtig Schwarzenberg auch jetzt noch auftrat, zeigt der folgende Bericht Bernstorffs vom 8. Febr. (Geh. Staatsarchiv Berlin I AA1 24). Bei der üblen Laune, so heißt es darin, die Preußens Vorgehen in der deutschen Frage bei Schwarzenberg erregt hat, hat Bernstorff es für angemessen erachtet, den Fürsten in den letzten Tagen aufzusuchen. In einer Unterredung am 1. d. M. hat er diesen beschworen, keine Instruktionen nach Frankfurt zu schicken, die einen Bruch zwischen Oesterreich und Preußen bewirken könnten. Schwarzenberg beschwerte sich dabei darüber, daß in dem Zirkular vom 23. Januar Oesterreich mit Dänemark und den Niederlanden auf eine Stufe gestellt würde, und sagte, „es gehe deutlich aus jener Depesche hervor, daß wir Oesterreich aus dem deutschen Bunde herausdrängen wollten.“ Bernstorff wies diese „etwas unüberlegte Anklage“ zurück, indem er Schwarzenberg vorhielt, dieser sage ihm damit ins Gesicht, daß Preußen das infamste, falscheste Spiel mit Oesterreich getrieben hätte: der Fürst müsse sich doch daran erinnern, daß seine (Bernstorffs) Instruktionen stets dahin gegangen seien, Oesterreich zu bestimmen, nicht aus dem Bunde auszutreten, „sondern mindestens soweit darin zu bleiben, als dies bisher der Fall gewesen sei, und womöglich das Band noch enger zu knüpfen.“ Der Fürst sah sich hierdurch genötigt, seine Beschuldigung zurückzunehmen, meinte aber, wenn man mit dem engeren Bunde anfangen wolle, so werde der weitere Bund gar nicht zustande kommen und Oesterreich gezwungen werden, sich zurückzuziehen. Zuerst, fuhr er fort, müsse der große Bund des ganzen Deutschlands fertig sein, dann könnten nachher darin einzelne Staaten unter sich engere Verbindungen eingehen.

zweiten Beratung des Frankfurter Parlamentes anzunehmen, und so war dann das neue Reich ohne und gegen Österreich errichtet. Dieser Konsequenz mußte sich die preußische Politik bewusst sein; man stand jetzt tatsächlich am Scheidewege.

Friedrich Wilhelm IV. erkannte die Wichtigkeit dieses Augenblicks sehr genau; er verhehlte sich keineswegs, daß die Politik seiner Minister zum Bruche mit Österreich trieb. Trotzdem entschloß er sich, sie gewähren zu lassen; er teilte ihnen durch Brandenburg mit, „daß er ihnen, gegenüber der eben zusammentretenden sehr bedenklichen Kammer, die auswärtige Politik ganz überließe, obschon er ganz entgegengesetzter Meinung wie sie wäre“; es waren also auch Motive der inneren Politik im Spiele. Er setzte Massow und Rauch von seiner Absicht in Kenntnis (12. Februar); sie machten ihm Vorstellungen; Rauch sagte ihm, „daß diese Trennung zum Verderben führe“. Der König erwiderte darauf „sehr freundlich, sie hätten Recht, sich aber in der Adresse versehen, sie hätten dies seinen Ministern schreiben müssen.“ Die Stimmung, in der er sich damals befand, kennzeichnete Manteuffel¹ dahin: „Der König sei nicht ärgerlich gegen die Minister, aber, was schlimmer, resigniert gewesen,“ — es war wieder einmal eine richtige „Politik des Effazierens“; ging er doch sogar soweit, zu Canitz zu sagen, „er würde jetzt der Politik seiner Minister folgen, aber gegen alle Regenten erklären, daß dies nicht seine Politik wäre“². Über den Inhalt des Briefes an Brandenburg erfahren wir durch Gerlach, der König habe darin, „in den schärfsten Ausdrücken auseinandergesetzt, wie ganz entgegengesetzt seine Politik von der seiner Minister wäre: Ihm käme es darauf an, in Deutschland wieder eine Obrigkeit aufzurichten und zwar in Gemeinschaft mit Österreich, und davon wüßte Bülow nichts. Die Folge der Politik des Ministeriums würde sein, daß Preußen den Revolutionairs preisgegeben, isoliert von Österreich und Rußland, hilflos dastehen würde.“ Gerlach hatte selbst das Schreiben vor seiner Absendung gelesen. Auf Veranlassung von Rauch war er nämlich

¹ Nicht der Prinz von Preußen, wie v. Petersdorff S. 131 sagt, wenigstens nach Gerlach S. 295.

² Brandenburg S. 196 bemerkt hierzu: „Ob es hierzu wirklich gekommen ist, wissen wir nicht; indessen erfahren wir, daß er den Grafen Brühl noch einmal an den österreichischen Hof geschickt hat, vermuthlich doch, um mündliche Eröffnungen ähnlicher Art dorthin zu überbringen.“ Er beruft sich dafür auf einen Brief Otto Camphausens an seinen Bruder Ludolf (vom 25. Febr.; ebd. Anm. 6), worin steht, „daß Graf Brühl vor einigen Tagen wieder die bekannte Reise unternommen habe.“ Es muß dahin gestellt bleiben, was es mit dieser Reise und der daran geknüpften Vermutung für eine Bewandnis hat.

alsbald nach der Unterredung, die zwischen diesem, Massow und dem Könige stattgehabt hatte, zum Monarchen gegangen, offenbar in der Absicht, ihn zu bewegen, das Schreiben zurückzuhalten. Er fand den Herrscher „sehr aufgeregt: es wäre ja jetzt alles gut, er habe alles seinen Ministern überlassen.“ Darauf brach der Monarch das Gespräch ab und entfernte sich, indem er Gerlach ein Kuvert übergab, mit dem Auftrage, den Inhalt zu lesen. Es waren Entwurf und Reinschrift des Briefes an Brandenburg; Gerlach blieb nichts übrig, als das Kuvert wieder zu versiegeln und der Sache ihren Lauf zu lassen.

Die Voraussetzung dafür, daß der König bei dieser seiner „Politik des Effazierens“ verharren würde, war, daß das Ministerium auch weiterhin geschlossen hinter Bülow stand. Aber eben nun geriet das politische Barometer in Berlin in starke Schwankungen, sodaß der Ausgang doch schon einigermaßen ungewiß zu werden begann. Am 11., nach seiner Ankunft in der Hauptstadt, schrieb Bunsen bereits mit einer vorsichtigen Einschränkung auf die Person Bülows an Camphausen¹: „Das Ministerium (wenigstens Bülow) ist entschlossen, vorwärts zu gehen.“ Am folgenden Tage wußte er schon genauer zu berichten: „Das hiesige Ministerium ist im Herzen schwarzweiß bis auf Bülow, Kühne und Rintelen; und diese Ausnahmen gelten mit Maßen; nur daß Graf Bülow vollkommen die Tragkraft der Zirkularnote einseht und fest entschlossen ist, darnach zu handeln.“ Dennoch sah er die Lage immer noch sehr optimistisch an; er fügte hinzu: „Es hat hier einige Cabinettsstürme gegeben, allein ich glaube sagen zu können, sie haben sich bedeutend beschwichtigt.“ Am 13. ermahnte Camphausen von Frankfurt aus den Minister von der Heydt, den Bunsen zu den „Schwarzweißen“ zählte: „Es freut mich, daß das Ministerium hinsichtlich des Beharrens auf dem eingeschlagenen Wege einstimmig war, was nun eine Ehrensache geworden ist. Der alberne Hochmuth des österreichischen Manifestes (vom 4.) leistet uns treffliche Dienste. Halten Sie fest!“ Seit Ende Januar berieten bekanntlich Camphausen und die Bevollmächtigten der Preußen adhärrierenden Bundesstaaten in Frankfurt über die Amendements zum Verfassungsentwurfe der Nationalversammlung, und diese wurden nunmehr in Berlin geprüft. Da erregte es denn arge Verstimmung, daß der Beginn der zweiten Lesung in der Paulskirche auf den 19. Februar festgesetzt wurde; man empfand das als eine unziemliche Passion. Am 15. zeigte Bülow Camphausen

¹ Brandenburg S. 350 Nr. 61.

² Ebd. S. 351 f. Nr. 62.

hausen an¹: man sei „mit der Berathung der Verfassungsentwürfe im Staatsministerio heute ziemlich zu Ende gekommen“; es sei aber notwendig, das Ganze mit einer Erklärung zu begleiten, die den preußischen Standpunkt zu dem Verfassungswerke im Allgemeinen ausspreche, die am besten gesondert von den speziellen Bemerkungen zum Entwurfe der Paulskirche gegeben werde. Er hatte eine Erklärung dieser Art verfaßt; sie war eben am 15. im Staatsministerium angenommen worden und bedurfte noch der Genehmigung des Königs, der am Tage zuvor erkrankt war und gerade jetzt an starkem Fieber darniederlag. Bülow sprach seine Erwartung aus, daß sein Entwurf in seinen wesentlichen Bestandteilen die Billigung des Monarchen erhalten und abgehen würde; er fügte hinzu: „E. Exc. werden nun im Stande sein, dem Herrn v. Gagern anzukündigen, daß eine Erklärung solchen Inhalts in einigen Tagen erfolgen werde, und daran die Forderung knüpfen können, daß man nun auch mit den Beratungen nicht eher vorgehe, bis man unsere Erklärung hat.“ Noch einmal kam Bülow darauf zurück: „Ein wesentlicher Punkt scheint mir immer noch, daß man die zweite Lesung nicht übereile. Die Regierungen machen sich daraus eine Waffe gegen die Nationalversammlung, und es läßt sich auch nicht leugnen, daß eine große Anmaßung darin liegt, einen so kurzen Präklusivtermin zu stellen und dann gewissermaßen in contumaciam zu verfahren. Mir wird es hier alle Tage ins Gesicht geworfen, daß diese Anmaßung der Nationalversammlung nicht zu ertragen sei, daß sie die Verständigung unmöglich mache, und daß wir ihr darin Vorschub leisteten.“ Nur um einen geringen Aufschub handelte es sich ja, wie er ironisch bemerkte: „Ich dünkte, wenn man wollte, so fände man wohl Futter für den Drachen auf weitere acht Tage.“ Und ganz allgemein kennzeichnete er die Lage dahin: „Wahr ist es, daß wir jetzt in einer nicht günstigen und wenig würdevollen Position zur Nationalversammlung stehen, indem wir Vorschläge machen, die sie vielleicht pure verwirft.“

Nicht einmal dieser kleine Verzug von weiteren acht Tagen war jedoch bei der Nationalversammlung zu erwirken, — wenn sie sich bei so geringfügigem Anlaß um die Wünsche der preußischen Regierung so wenig kümmerte, was half es dann, wenn Camphausen fand und versicherte, sie sei „nicht anmaßend, sondern demüthig,“ — mochte die Sache auch immer sich so verhalten, daß an den Beschlüssen, durch die Preußen in jener Zeit immer wieder verletzt wurde, nicht die Erb-

¹ Brandenburg, S. 353f. Nr. 64.

kaiserlichen, sondern die Vereinigung der Radikalen, Großdeutschen und Österreicher die Schuld trug? Die Vorgänge, die unmittelbar zum Sturze Bülow's führten, lassen sich aus Mangel an Quellenmaterial noch nicht im Einzelnen aufdecken; nur soviel scheint sicher, daß die Minierarbeit gegen ihn mit den Vorwürfen über die Anmaßungen der Paulskirche einsetzte, die gegen ihn ausgespielt wurden, wie er in seinem letzten Briefe an Camphausen andeutete. Eine wichtige Rolle dabei spielte Gerlach. Noch vor einigen Tagen war er, wie wir wissen, kräftig für Bülow eingetreten; nunmehr wechselte er plötzlich seine Haltung. Die Motive dafür sind nicht ganz klar; aber es hat den Anschein, als ob Bunsens abermaliges Auftauchen in Berlin seine Abneigung gegen diesen und dessen ganze Richtung, sowie dessen offensichtliche Verbindung mit Bülow darauf von Einfluß waren, und daß der Brief Bunsens an den König vom 11. (s. o. S. 132 f.) den Anstoß zu seiner Gesinnungsänderung gegeben hat. Am Morgen des 13. hatte Gerlach eine Unterredung mit Brandenburg; er las diesem den Bunsenschen Brief mit einem Kommentare vor, der vorzüglich darauf hinauskam, daß, wie der Erfolg zeigte, der König Recht und die Minister Unrecht gehabt hatten." Auch konnte er es nicht unterlassen, auf die von ihm schon früher urgierte „Verbindung Bülow's mit Bunsen durch den lahmen Arnim und durch Abeken aufmerksam zu machen“. Brandenburg ersuchte ihn darauf, vom Persönlichen abzusehen, sogleich zur Sache überzugehen und ihm zu sagen, was jetzt zu tun sei. Gerlach gab darauf den Rat, man müsse die „neue Unverschämtheit der Paulskirche benutzen, ihr gegenüber eine Position annehmen und sich zugleich Österreich nähern.“ Sein Partner erwiderte darauf, er wäre im Ganzen derselben Meinung, und setzte hinzu: Wir sind durch nichts gebunden, wir sind ganz frei und können dies Alles ausführen“. Nachher konferierte Gerlach noch mit anderen Mitgliedern der Camarilla und Gegnern Bülow's, Nassow, Manteuffel und Canitz, der ihm auch sagte, „er fände die Politik des Königs richtiger als die der Minister.“ Nachdem er sich auch mit Rauch noch schriftlich in Verbindung gesetzt hatte, schrieb er noch am selben Tage einen Brief an Brandenburg, dessen ursprünglicher Entwurf, der nachher nur eine bessere Fassung erhielt, also lautete:

„Ew. fragten mich heut, was jetzt in Frankfurt zu thun wäre. Ich nehme mir die Freiheit, mein Botum schriftlich abzugeben, auf die Gefahr hin, daß Sie es in das Feuer werfen. Ich würde erklären, Preußen müsse darauf aufmerksam machen, daß es bis jetzt noch nicht Zeit gehabt, sich weder mit Österreich noch mit den anderen deutschen

Fürsten auch nur über die wichtigsten Bestimmungen der künftigen deutschen Verfassung zu verständigen. Da es ihm aber sehr darauf ankäme, diese Einigung zum Heil und zur gewünschten Einheit von Deutschland herbeizuführen, so könne es sich die bei der Nationalversammlung zur zweiten Lesung der Verfassungs-Artikel gestellte Frist bis zum 19. d. M. nicht gefallen lassen; sondern müsse daher darauf dringen, diese zweite Lesung noch auszusetzen. Sonst würde Preußen zu der Erklärung genöthigt, daß es die Beschlüsse der Versammlung ohne die Zustimmung der Fürsten nicht für gültig anerkennen könnte. Oesterreich sei zum Beitritt zu dieser Erklärung einzuladen. Ich glaube nicht, daß die Paulskirche über diese Erklärung, die nur einen Aufschub verlangt, sich beschweren kann; der König aber kommt von der Zumuthung, sich über den Reichsverweser zu erklären, los und stellt das Vernehmen auf eine reelle Art wieder her, ohne sich das Mindeste zu vergeben¹."

Trotz der im letzten Satze niedergelegten — vielleicht gar nicht so ernst gemeinten — optimistischen Auffassung des Eindrucks, den ein Vorgehen Preußens dieser Art in der Paulskirche hervorrufen könnte, ist nicht zu verkennen, daß die Ausführung des Gerlachschen Vorschlages einen ganz entschiedenen Frontwechsel in der deutschen Politik Preußens, eine Schwenkung von der Paulskirche abermals zu Oesterreich bedeutete, und daß sie dem Bülow'schen Kurse völlig entgegenlief; sie hätte Bülow's Ausscheiden aus der leitenden Stellung zur Voraussetzung gehabt. Gerlach ist auch mit seinem Vorschlage, was das Sachliche anbelangte, nicht durchgedrungen; aber der Hinweis auf „die neue Unverschämtheit der Paulskirche“ in Verbindung mit Bülow's Unvermögen, hierin Remedur zu schaffen, oder wenigstens der Vorwurf, ihr nicht energisch genug entgegenzutreten, müssen dessen ohnehin schon erschütterte Stellung untergraben haben. Am 15. begann in Frankfurt die Beratung des Wahlgesetzes; es konnte bald kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es ganz in demokratischem Sinne ausfallen würde, — alle Hoffnung schwand, daß eine für Friedrich Wilhelm genehme Verfassung zustande kommen könnte. Die deutsche Aktion Preußens im Winter 1848/49 hatte zwei, an sich schon einander widerstrebende Bestandteile zu vereinigen versucht, eine Verständigung mit Oesterreich unter der Ägide des Königs und eine solche mit Frankfurt, deren Träger Bülow war. Die Anknüpfung mit Oesterreich war schon Mitte Januar gescheitert, da sich Schwarzenberg und Friedrich Wilhelm

¹ Gerlach S. 295 f.

nicht zu einigen vermochten; jetzt zeigte sich auch mehr und mehr die Aussichtslosigkeit der mit Frankfurt, und je offener das wurde, um so unhaltbarer wurde Bülow's Stellung. Die näheren Umstände, unter denen seine Entlassung erfolgte, sind nicht bekannt; nur soviel ist sicher, daß sie erfolgte, weil Brandenburg ihn fallen ließ, und dabei hinwiederum war Gerlach beteiligt, wie wir gesehen haben. Aber Gerlach hatte nur den Stein zum Rollen gebracht; an dem Endergebnis hat er nicht mehr mitgewirkt; das vollzog sich sogar ohne sein Wissen. Am 23. Februar notierte er in seinem Tagebuche: „Karl Savigny sagte mir, Graf Arnim (Heinrichswalde) sei nun wirklich zum auswärtigen Minister ernannt, das ist also das Geheimnis zwischen dem König und Brandenburg¹.“ So verhielt es sich in der That; am 22. hatte Bülow seine Entlassung bekommen. Wir wissen darüber Näheres nur soviel, als er selbst in einem Schreiben an Camphausen vom 22. Februar Abends mitteilt²:

„E. E. beeile ich mich zu benachrichtigen, daß S. M. der König durch Cabinettsorder von heute mich von der Leitung des Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten entbunden und den Grafen v. Arnim, früheren Gesandten in Wien, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt hat. Ich habe E. E. schon früher davon in Kenntniss gesetzt, welche Gründe mich bewogen hatten, die Entlassung aus dieser Funktion zu begehren. Obgleich das Staatsministerium, wie Sie wissen, meinen Ansichten in allen den streitigen Punkten beigetreten war, so hat es doch Person und Sache, wie es scheint, nicht erheblich genug gefunden, um eine Cabinettsfrage aus meinem Ausscheiden zu machen. Es hat dazu beigetragen, daß der König die Sache ganz persönlich aufgefaßt und, wie es scheint, der Gegenvorstellungen des Cabinetts ungeachtet, seinerseits mein Ausscheiden als das einer mißliebigen und in jeder Beziehung störenden Person verlangt hat. Graf Brandenburg, der mich sonst immer nach seinen Kräften unterstützt hat, hat endlich nach langer Bearbeitung und dem Bedürfnis nach Ruhe nachgegeben.

„Obwohl ich mir nicht die Bedeutung von 100 Ochsen anmaße, so ist es mir doch ohne Zweifel, daß ich als eine Hekatombe für Oesterreich falle; denn von dem Augenblicke an, wo wir uns von Olmütz losgesagt, haben die Angriffe gegen mich begonnen, und man hat mir eine solche Stellung zu machen gesucht, daß mir gar nichts anderes

¹ Gerlach S. 299.

² Brandenburg S. 354 ff. Nr. 65 (d. 18. Febr.), 66 (d. 22) und 67 (d. 28).

übrig blieb, als mit der Demission herauszurücken. Die Details erzähle ich Ihnen einmal mündlich."

Danach wäre Bülow aus rein persönlichen Gründen gefallen, die natürlich mit seiner Politik insofern zusammenhängen, als er durch sein ganzes Verfahren bei der Zirkularnote vom 23. Januar sich die Mißgunst des Herrschers zugezogen hatte. Die Politik, deren Ausgangspunkt die Note gewesen war, wurde jedoch damals noch nicht verlassen; wenn die von Gerlach am 13. Februar bei Brandenburg eingeleitete Aktion einen Erfolg hatte, so lag dieser lediglich auf dem persönlichen, nicht aber auf dem sachlichen Gebiete; er beschränkte sich auf Bülows Sturz. Noch am 16. hatte die allgemeine Erklärung, die Bülow zu den Amendements zum Frankfurter Verfassungsentwurfe ausgearbeitet hatte, die Genehmigung des Monarchen erhalten; sofort wurde Camphausen davon verständigt. Sperrte sich der König so nicht länger gegen Bülows Politik, so blieb er doch unerbittlich und unverföhnlich in der Personenfrage. Er bestand auf Bülows Ausscheiden, und Brandenburg gab seinem Drängen in diesem Punkte nach. Bülow bot selbst seine Demission an und erhielt sie am 22; am Morgen dieses Tages war aus Frankfurt die Nachricht von der ungünstigen Abstimmung eingetroffen, die am 20. in Sachen des Wahlgesetzes stattgefunden hatte, — ob sie noch einen Einfluß auf den Gang der Dinge in Berlin ausgeübt hat, bleibe dahingestellt; auch ohne sie hätte sich Bülow schwerlich zu behaupten vermocht. Mit großem Mißtrauen betrachtete Bülow seinen Nachfolger in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten: „Die Wahl des Grafen Arnim ist kein gutes Omen für die deutsche Politik. Er ist ganz ancien régime, hat nur von Kabinettspolitik einen Begriff und ist von der Notwendigkeit des Einverständnisses mit Osterreich à tout prix, wie ich glaube, ganz durchdrungen. Doch traue ich ihm nicht Unverstand noch Mut genug zu, um sich plötzlich und à corps perdu in die Konterrevolution zu werfen.“ Tatsächlich blieb der Kurs der alte. Am 24. überreichte Camphausen im Namen von 29 Bundesregierungen die gemeinsamen Anträge zur Revision des Verfassungsentwurfes der ersten für die zweite Lesung, und vier Tage später konnte Graf Bülow, der als Unterstaatssekretär im Ministerium verblieben war, ziemlich beruhigt an Camphausen schreiben:

„Ich habe einige Tage geschwiegen, um E. E. sine ira et studio sagen zu können, welchen Gang die Dinge hier im Ministerium nehmen zu wollen scheinen. Heute glaube ich mit einiger Gewißheit prognostizieren zu können, daß eine entschiedene Frontveränderung gegen

die deutsche Sache nicht eintreten wird, sondern wahrscheinlich vorerst nur Zögern und Unsicherheit, was freilich auch großen Schaden bringen kann. Einige Tage Beschäftigung mit der Lage der Sache scheint den neuen Chef der Überzeugung schon ziemlich nahe gebracht zu haben, daß der eingeschlagene Weg nicht ohne die größte Gefahr verlassen werden kann, ja sogar, daß die befolgte Politik (so sehr er auch von vornherein dagegen eingenommen war) doch am Ende eine nothwendige gewesen. Auch scheint seine Überzeugung von der Nothwendigkeit und Möglichkeit der Verständigung mit Oesterreich schon sehr wankend zu werden. Dazu kommt, daß man täglich erwarten muß, daß die Kammer Schach bietet. Jedenfalls wird man vor allem das Votum der Kammern abwarten und bis dahin auf dem bisherigen Wege bleiben. Ich glaube deshalb, es ist geraten, daß Sie in Frankfurt so handeln, als sei hier nichts vorgefallen, und im bisherigen Sinne vorwärts gehen.“

Man sieht, die Entlassung Bülow's war wirklich nur eine Personalveränderung, kein Systemwechsel. Aber was nutzte es, daß Preußen auch weiterhin „im bisherigen Sinne vorwärts ging“, wenn man doch in Frankfurt nicht auf Gegenliebe stieß. Als die Kunde von der schlimmen Abstimmung (vom 20.) in der Wahlrechtsache in Berlin anlangte, rief Bülow aus: „Wieder eine Illusion dahin! — Es erschüttert mich doch etwas, daß man in der dortigen Versammlung nicht auf mehr konservative Elemente zählen kann. Wohin sollen wir damit kommen?“ Die ganze Geschichte der Paulskirche im März bis zur Schaffung der Kaiserkrone sollte beweisen, wie berechtigt der Pessimismus Bülow's in dieser Frage war.

Den Weg zur Erreichung seines Zieles hat Friedrich Wilhelm IV. im Laufe des Winters 1848/49 einmal unter dem Drängen seiner Ratgeber geändert; er hat das bald darauf bitter bereut, aber doch nichtmehr rückgängig gemacht. Und sein Ziel blieb unverrückt in diesem Zeitraume daselbe. Wie Sybel mittheilt¹, schrieb er damals zu einem Antrage der Frankfurter Centralgewalt, den preußischen Staat, als in Deutschland mit einbegriffen, auf einem damals projektierten europäischen Kongreß zu vertreten, an den Rand: „Das ist es eben, was wir nicht zugestehen können; denn wir sind in provisorio; die Centralgewalt ist nicht wir, und wir müssen selbständig bleiben, bis wir Centralgewalt sind.“ Die Bundesreform, wie er sie verlangte und betrieb, lief also eben darauf hinaus, daß die definitive Centralgewalt an Preußen kommen sollte. Ein Irrtum ist es freilich, wenn

¹ Sybel 295.

Sybel aus den zitierten Worten folgert, es gehe aus ihnen hervor, daß er noch nicht „auf die Erlangung der höchsten Reichswürde verzichtet hätte“. Wie Sybel dazu kommen konnte, eine derartige Behauptung aufzustellen, ist um so weniger faßbar, als er gleich darauf berichtet, wie der König dem Grafen Trautmannsdorff, der eben damals durch Prokesch-Osten ersetzt wurde, in der Abschiedsaudienz den Auftrag mitgab, dem Kaiser und dem Fürsten Schwarzenberg nochmals seinen Vorschlag zu unterbreiten, daß Franz Josef römischer Kaiser und er, der König, erblicher Reichsfeldherr werde, — so blieb er seinem alten Programm getreu: Die höchste Reichswürde an das Haus Habsburg, die „Zentralgewalt“ an Preußen. Daß das der Kern seiner Aspirationen war, der sich unter der romantischen Phrase vom habsburgisch-römischen Kaisertum und der erblichen Reichserzfeldherrnschaft für Preußen verbarg, das wußte man in Wien nur allzu genau, und man kann sich nur über die Hartnäckigkeit wundern, mit der sich der König immer wieder von Neuem schmeichelte, es könnte ihm gelingen Österreich in Güte dahin zu bringen, für leeren und nichtigen Schein das Wesen der Macht zu verkaufen. Aber das war nun einmal so; nicht Unbeständigkeit und Wankelmuth sind der Grundzug seines Wesens, sondern verbissene Hartnäckigkeit und starres, doktrinäres Beharren auf einmal vorgefaßten Meinungen und Zielen.

Nachdem wir also Friedrich Wilhelms IV. deutsche Politik im Winter 1848/49 untersucht und uns zum Bewußtsein gebracht haben, sind wir in der Lage, auf die Fragen, die wir im Anfange unserer Abhandlung gestellt haben, eine Antwort zu geben. Daran, daß er wirklich eine deutsche Politik getrieben hat, daß sich auch hinter ihrem romantisch-phantastischen Beiwerke ein realpolitischer Kern barg, wird fürderhin nicht wohl zu zweifeln sein; man darf wohl von einem preußisch-deutschen Ehrgeize Friedrich Wilhelms IV. sprechen. Und Eines ist ganz sicher: sehr wohl hatte er sich ein festes Ziel gesetzt, das er unverrückbar, welche Bindungen auch seine Politik immer über sich ergehen lassen mußte, im Auge hielt; mußte er sich auch vorübergehend „effacieren“, keineswegs ließ er sich willenlos treiben, sondern danach strebte er immer wieder zurück. Aber war das, was er also zu erreichen trachtete, auch zweckmäßig, ein für die nationale Entwicklung wirklich erstrebenswertes Gut? Gerade hier machte sich ja seine rückständige Romantik geltend; trotzdem läßt es sich denken, daß unter Abstreifung der phantastischen Hülle etwas hätte geschaffen werden können, was Deutschland eine kräftigere staatliche Einigung, Preußen und durch Preußen auch Deutschland eine Machterhöhung brächte. Der schwächste

Punkt der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV. liegt darin, daß sie im letzten Grunde gegen Österreich gerichtet war, und daß er sie gleichwohl im Zusammengehen mit Österreich verwirklichen zu können vermeinte. Gewiß wollte er nicht von Österreich los; aber das Ziel, das er sich gesetzt hatte, bedeutete nach österreichischer Auffassung und auch rein objektiv betrachtet das Ausscheiden Österreichs aus seiner bisherigen Stellung in Deutschland, und diese objektiv antiösterreichische Tendenz wird nicht dadurch aufgehoben oder auch nur gemindert, daß er sich mit der Illusion schmeichelte, zu seiner Erreichung werde ihm Österreich Gefolgschaft leisten, daß er immer wieder beteuerte, mit Österreich zusammengehen und zusammenstehen zu wollen, daß er es immer wieder versuchte, Österreich mit sich fortzureißen. Und eben in diesem letzten Punkte ging er soweit, auf Österreich eine Pression ausüben, die Gelegenheit benutzen zu wollen, Österreich vor die vollendete Tatsache zu stellen: so war nicht nur sein Ziel objektiv gegen Österreich gerichtet; sondern er schlug auch, um zu ihm zu gelangen, durch Österreichs Versagen gereizt und gedrängt, Wege ein, auf denen er nicht nur ohne, und das hieß bereits bei der gesamten Lage der Dinge gegen Österreich, sondern auch direkt mit Österreichs Todfeinden, der populären Bewegung, in stillschweigendem oder sogar ausgesprochenem Einvernehmen marschierte. In demjenigen Abschnitte seiner deutschen Politik, der uns hier beschäftigt, bietet ja die Zirkularnote vom 23. Januar 1849 dafür ein schlagendes Beispiel, wie seine objektiv antiösterreichische Tendenz den König selbst wider seinen Willen schließlich gleichsam mit Naturnotwendigkeit in eine Frontstellung gegen Österreich hineinschob, die dort, wie des Königs Politik im März 1848, als eine offene Feindseligkeit empfunden werden mußte und auch empfunden wurde. Man wollte sich hier eben nicht, um des Königs eigenen Ausdruck zu gebrauchen, zwingen lassen, deutsch zu werden, und man hatte hier wohl wenig Verständnis dafür, wenn er sein Verhalten im März 1848 gerade ein Jahr später vor dem neuen Gesandten v. d. Prokesch-Osten damit rechtfertigte: „Er habe Österreich wecken wollen, denn nur Österreich gebühre der erste Platz; er habe dessen Eifersucht rege machen wollen, um zu erreichen, daß es sich voran stelle. Niemandem habe er das noch bekannt; er wolle es mir bekennen¹.“ Und in demselben Atemzuge fast „bekannte“ er (nun aber war es sicherlich ein wirkliches „Bekanntnis“): „Preußen wolle im Bunde nur das, was Österreich nicht auf sich nehmen könne,“ — das war freilich, wie schon oben

¹ Friedjung 501 ff.

(S. 17) auseinandergesetzt worden ist, sehr viel: „Das war ja der ganze Komplex dessen, was beim Übergange vom Staatenbund zum Bundesstaate für die neue Centralgewalt herausgesprungen und somit der preußischen Krone als deren künftigen Inhaberin zu Gute gekommen wäre; eben darum, weil Preußen das nicht überschließen durfte, mußte aber Österreich eine neue Gestaltung Deutschlands auf jeden Fall verhindern und den alten Staatenbund einfach wieder hergestellt sehen wollen.“ Und er wurde in derselben Unterredung noch viel offener; er sagte zu Prokesch-Osten:

„Dem österreichischen Kaiser unterwürfe sich der ferne Fries, der Hesse, der Westphale usw. nicht, aber dem römischen Kaiser wohl. Dieser Begriff einer obersten Macht ist jedem Deutschen klar. Der römische Kaiser hätte als solcher nur¹ die Obmacht, das Recht über Krieg und Frieden, die allgemeinen obersten Rechte. Das beschränkte und lähmte ihn nicht als Kaiser von Österreich. Preußen, durch das Schwert gegründet und zur Großmacht emporgestiegen¹, wäre Deutschlands Schwert. Die Reichswehrverfassung wäre einheitlich (mit Ausnahme Österreichs, das bereits eine militärische Organisation hat) nach preußischem Vorbilde zu organisieren. Dem römischen Kaiser unterwürfen sich alle Fürsten, ich der erste, und wir hätten ein Reich.“

Auf den österreichischen Gesandten machte das im ersten Augenblicke Eindruck; er schrieb an Schwarzenberg:

„Ich gestehe Eurer Durchlaucht, . . . daß ich die Verwirklichung dieser Idee in Vereinbarung mit Preußen für möglich halte, — daß diese Vereinbarung darüber herbeizuführen mich nicht erschrecken würde; aber ich gab kein Zeichen von dem, was ich denke; ich behandelte die Idee als eine unmögliche, und dabei ließ ich den König. Wollten Euer Durchlaucht, daß ich mich vom König weiter darüber belehren lasse, so würde dies eine Probe der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung und weiter der Ausführbarkeit der Idee seyn.“

Zu dieser Probe sollte es gar nicht kommen. Als der Ausgang des Frankfurter Verfassungswerkes, das Angebot der deutschen Kaiserkrone an Preußen, feststand, da hatte Prokesch-Osten eine Unterredung mit dem Könige, deren Schlußergebnis er dahin zusammenfaßte:

„Mir scheint aus diesen Äußerungen [se des Königs] der Weg, den man einhalten wird, so ziemlich nachweisbar. Man wird eine bestimmte Antwort rücksichtlich der Krone, und keine bestimmte

¹ Von mir gesperrt.

rücksichtlich der Herrschaft gebe. Man wird über diese markten und feilschen."

Was Profesch-Dsten also voraussah, das geschah. Und die Ablehnung der Frankfurter Krone durch Friedrich Wilhelm IV., zugleich mit dem Versuche einer Behauptung der Herrschaft in Deutschland, — sie war keine Äußerung der Schwäche, Unentschlossenheit und Wankelmütigkeit Friedrich Wilhelms IV., sondern die mit psychologischer Notwendigkeit begründete Konsequenz seiner ganzen deutschen Politik seit seiner Thronbesteigung; seinem ganzen Wesen nach konnte er damals nicht anders handeln; er blieb sich selber damit getreu.